



An die Direktionen

der Grundschulsprengel
der Schulsprengel
der Mittel- und Oberschulen

Bozen, 10.04.2019

Bearbeitet von:
Franz Lemayr
Tel. 0471 417660
Franz.Lemayr@provinz.bz.it

Mitteilung

Ansuchen um Errichtung und Besetzung von Stellen für Schulsozialpädagoginnen und Schulsozialpädagogen an den Schulen staatlicher Art

Sehr geehrte Frau Direktorin, sehr geehrter Herr Direktor,

es freut mich, Ihnen mitzuteilen, dass am 20. März 2019 der Kollektivvertrag zum Berufsbild der Schulsozialpädagoginnen und Schulsozialpädagogen vorunterzeichnet wurde. Nach Inkrafttreten des Haushaltsgesetzes und der definitiven Zustimmung der Landesregierung wird der Vertrag unterzeichnet und veröffentlicht. Die Verantwortlichen in der Personalabteilung schätzen, dass dies Mitte Mai geschehen wird.

Nun arbeiten wir gemeinsam mit der Personalabteilung intensiv an der Vorbereitung des Auswahlverfahrens. Hiermit gebe ich Ihnen Informationen zu folgenden Themenbereichen:

- Errichtung der Stellen: Vorgangsweise, Termine, Kriterien
- Auswahl- und Eignungsverfahren: Art des Verfahrens, Termine, Stellenbesetzung
- Übergangsregelungen

Errichtung der Stellen für Schulsozialpädagoginnen und Schulsozialpädagogen

Die Errichtung einer dauerhaften Stelle ist in jenen Schulen möglich, in denen bereits Erfahrungen mit dem Einsatz von Schulsozialpädagoginnen und Schulsozialpädagogen gesammelt wurden. Folgende grundsätzliche Voraussetzungen müssen dabei gegeben sein:

- ein von der Schule erarbeitetes und verankertes Konzept für die Schulsozialarbeit, in dem auch die Rolle/Aufgabe der Schulsozialpädagogin / des Schulsozialpädagogen im Einklang mit dem Berufsbild beschrieben ist;
- ein Arbeitsraum für die Schulsozialpädagogin / den Schulsozialpädagogen, der auch für Beratungen geeignet ist, in dem PC und Telefon zur Verfügung stehen;
- eine entsprechende Vereinbarung mit der Schulführungskraft auf der Grundlage eines Schulratsbeschlusses, in den nächsten fünf Jahren den entsprechenden Stellenanteil aus dem eigenen funktionalen Plansoll zur Verfügung zu stellen.

Die Bildungsdirektion stellt aus dem Kontingent der Integrationslehrpersonen insgesamt maximal fünf Stellen für Schulsozialpädagoginnen/Schulsozialpädagogen zur Verfügung. Aus diesem Kontingent wird in der Regel maximal eine Viertelstelle pro Schuldirektion vergeben.



Schulen können die Errichtung einer Stelle für Schulsozialpädagogen/ Schulsozialpädagoginnen für die nächsten fünf Schuljahre in folgendem Ausmaß beantragen, indem sie sich verpflichten, die Ressourcen der Bildungsdirektion aus dem eigenen funktionalen Plansoll entsprechend zu erhöhen:

- 19 Wochenstunden (50-Prozent-Stelle)
- 27 Stunden oder mehr Wochenstunden (70-Prozent-Stelle oder mehr).

Schulen mit 50-Prozent-Stellen sollen sich bei zumutbarer Entfernung möglichst zusammenschließen, um Vollzeitstellen zu bilden. Dies bildet einen Vorrang bei der Stellenzuteilung.

Die Stellenaufteilung in den Brennpunktbezirken bleibt grundsätzlich bestehen. Falls es Veränderungen geben sollte, nehmen wir zu den betroffenen Führungskräften Kontakt auf. Diese Führungskräfte stellen lediglich dann einen Antrag, wenn sie den aus diesem Kontingent zugewiesenen Stellenanteil mit Ressourcen des eigenen funktionalen Plansoll erhöhen wollen.

Bei der Zuteilung jener Stellenanteile, mit denen die Bildungsdirektion die Schulen beim Errichten einer Stelle für Schulsozialpädagoginnen/Schulsozialpädagogen unterstützt, werden über die oben genannten Voraussetzungen hinaus folgende Kriterien und Dokumente berücksichtigt:

- **Konzept:** An der Schule gibt es bereits seit mehreren Jahren ein **Konzept** zur Schulsozialarbeit, auf dessen Grundlage der Einsatz einer Schulsozialpädagogin / eines Schulsozialpädagogen erprobt wurde;
- **Bilanzbericht** über die Ereignisse der Schulsozialarbeit und des Einsatzes einer Schulsozialpädagogin / eines Schulsozialpädagogen mit eventuellen **Evaluationsergebnissen** über die Umsetzung des Konzeptes;
- Qualität des Konzeptes und des Bilanzberichtes. Dabei wird berücksichtigt, ob aus das Lehrerkollegium dieses Konzept mitträgt;
- **Mittel- und Oberschulen haben Vorrang** vor Grundschulen;
- **Gesamtanzahl** der Schülerinnen und Schüler an der Mittel- bzw. der Oberschule.

Letzter Termin für das Einreichen der Anträge ist

Montag, 6. Mai 2019.

Es ist mir bewusst, dass dieser Termin äußerst kurzfristig und angesichts der anstehenden Ferienzeit ungünstig ist. Die Entscheidung, das Auswahlverfahren jetzt durchzuführen, ist aber erst vor wenigen Tagen gefallen. Damit es ausgeschrieben werden kann, müssen wir die Stellen für Schulsozialpädagogin / Schulsozialpädagogen in den Stellenplan der Landesverwaltung übertragen. Dies muss spätestens bis zum 10. Mai abgeschlossen sein. Da ein bestehendes und erprobtes Konzept Voraussetzung für die Errichtung einer Stelle ist, können bestehende Dokumente und Unterlagen für die Anträge verwendet werden.

Auswahl- und Eignungsverfahren: Art des Verfahrens, Termine, Stellenbesetzung

Derzeit arbeitet die Personalabteilung des Landes an einem Entwurf für das Auswahlverfahren. Wir sind darin einbezogen. Nicht alle unsere Wünsche und Vorstellungen können umgesetzt werden, doch scheint es, dass wesentliche Punkte berücksichtigt werden. Da es sich um Entwürfe handelt, könnte der nachfolgend beschriebene Vorgang noch teilweise abgeändert werden.

Das Auswahlverfahren sieht zuerst einen Wettbewerb nach „altem Muster“ (schriftlich, mündlich) vor. Der schriftliche Teil des Auswahlverfahrens ist für Ende Juni/Anfang Juli geplant.

In der Kommission werden die von uns vorgeschlagenen Experten und Expertinnen aus der Bildungsdirektion und den Schulen sein. Mir wäre wichtig, dass zumindest eine Schulführungskraft mit dabei ist. Interessierte bitte ich, sich direkt bei Inspektor Franz Lemayr zu melden.

Bewerberinnen und Bewerber, die durch das Auswahlverfahren eine der ausgeschriebenen Stellen bekommen, erhalten einen befristeten Arbeitsvertrag vom 01.09.2019 bis zum 30.06.2020 (mit dem Recht auf Verlängerung des Arbeitsvertrages in den beiden Sommermonaten 2020 laut geltenden Bestimmungen).



Die Betroffenen erhalten in diesem Arbeitsjahr eine Tutorin oder einen Tutor zur Seite gestellt, machen eine Zielvereinbarung mit ihrer Führungskraft, dokumentieren und reflektieren ihre Arbeit und besuchen aufgrund ihres Portfolios ergänzende, vertiefende Fortbildungen. Ende Mai 2020 erstellt der Tutor oder die Tutorin einen Abschlussbericht und die Führungskraft nimmt eine schriftliche Bewertung auf der Grundlage der Zielvereinbarung vor.

Das Auswahlverfahren schließt im Juni 2020 mit einem Gespräch zur Arbeitserfahrung und professionellen Weiterentwicklung vor der Kommission ab, die auch das Auswahlverfahren durchführt. Die jeweilige Schulführungskraft gehört in diesem Moment als externe Fachperson der Prüfungskommission an. Bewerberinnen und Bewerber, die diese abschließende mündliche Prüfung bestehen, erhalten die Eignung als Schulsozialpädagoge/Schulsozialpädagogin und ab 01.09.2020 einen unbefristeten Arbeitsvertrag.

Das Eignungsverfahren kann also nur auf der Grundlage eines erfolgreich bewerteten Ausbildungsjahres im Rahmen eines befristeten Arbeitsvertrages abgeschlossen werden. Deswegen wird es keine Rangliste von Geeigneten ohne Stelle geben. Die Vergabe von Supplenzstellen erfolgt demzufolge nicht aufgrund einer Rangordnung durch die Personalabteilung. Die Personalabteilung wird lediglich eine Beschreibung eines kurzen Verfahrens veröffentlichen, mit dem die betroffene Schulführungskraft die Supplenzstelle ausschreibt und vergibt.

Übergangsregelungen

Die neu errichteten Stellen können in Erstanwendung nicht über die horizontale Mobilität von Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen, die derzeit in Heimen oder Schulen mit unbefristetem Vertrag tätig sind, besetzt werden. Wenn diese Personen eine der ausgeschriebenen Stellen möchten, müssen sie sich am Auswahlverfahren beteiligen.

Die vier Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen, die derzeit an den Schulen staatlicher Art arbeiten, können ab 01.09.2020 auf Antrag in das Landesberufsbild der Schulsozialpädagogen/Schulsozialpädagoginnen übertreten. Sie behalten dabei ihren derzeitigen Dienstsitz bei.

Für weitere Informationen und Klärungen wenden Sie sich bitte an Inspektor Franz Lemayr.
Tel. 0471 417660.

Mit freundlichen Grüßen

Die Landesschuldirektorin
Sigrun Falkensteiner
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlagen:

- Formular Stellenerrichtung
- Bereichsvertrag - Entwurf

Papierausdruck für Bürgerinnen und Bürger ohne digitales Domizil

(Artikel 3-bis Absätze 4-bis, 4-ter und 4-quater des
gesetzesvertretenden Dekretes vom 7. März 2005, Nr. 82)

Dieser Papierausdruck stammt vom Originaldokument in elektronischer Form, das von der unterfertigten Verwaltung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften erstellt wurde und bei dieser erhältlich ist.

Der Papierausdruck erfüllt sämtliche Pflichten hinsichtlich der Verwahrung und Vorlage von Dokumenten gemäß den geltenden Bestimmungen.

Das elektronische Originaldokument wurde mit folgenden digitalen Signaturzertifikaten unterzeichnet:

Name und Nachname / nome e cognome: SIGRUN FALKENSTEINER

Steuernummer / codice fiscale: IT:FLKSRN75L71B220D

certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2

Seriennummer / numero di serie: 372353

unterzeichnet am / sottoscritto il: 10.04.2019

*(Die Unterschrift der verantwortlichen Person wird auf dem Papierausdruck durch Angabe des Namens gemäß Artikel 3 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 12. Februar 1993, Nr. 39, ersetzt)

Am 10.04.2019 erstellte Ausfertigung

Copia cartacea per cittadine e cittadini privi di domicilio digitale

(articolo 3-bis, commi 4-bis, 4-ter e 4-quater del decreto
legislativo 7 marzo 2005, n. 82)

La presente copia cartacea è tratta dal documento informatico originale, predisposto dall'Amministrazione scrivente in conformità alla normativa vigente e disponibile presso la stessa.

La stampa del presente documento soddisfa gli obblighi di conservazione e di esibizione dei documenti previsti dalla legislazione vigente.

Il documento informatico originale è stato sottoscritto con i seguenti certificati di firma digitale:

*(firma autografa sostituita dall'indicazione a stampa del nominativo del soggetto responsabile ai sensi dell'articolo 3, comma 2, del decreto legislativo 12 febbraio 1993, n. 39)

Copia prodotta in data 10.04.2019